



Woran scheitern wir in der Klimapolitik bzw. Transformation, und worin genau besteht die Umsetzungskrise aus Sicht der Soziologie?

2025

Katrin Auspurg

GLEN Working Paper No. 2

Zitation: Auspurg, Katrin (2025). Woran scheitern wir in der Klimapolitik bzw. Transformation, und worin genau besteht die Umsetzungskrise aus Sicht der Soziologie?. GLEN Working Paper No. 2
https://doi.org/10.31235/osf.io/sbyqw_v1

Woran scheitern wir in der Klimapolitik bzw. Transformation, und worin genau besteht die Umsetzungskrise aus Sicht der Soziologie?

Katrin Auspurg (LMU München)

Die Soziologie ist eine multiparadigmatische Wissenschaft. Aufgrund der guten interdisziplinären Anschlussfähigkeit nehme ich primär die Perspektive der analytisch-empirischen Soziologie ein (Gërxhani et al., 2022). Aus dieser Perspektive erscheinen insbesondere fünf Aspekte zentral.

(1) Zu einfaches Menschenbild: Appelle reichen nicht.

Aus naturwissenschaftlicher Sicht ist klar was zu tun ist: Eine schnelle Reduktion von CO₂-Emissionen. Umweltverbände und politische Akteure fordern dazu mehr nachhaltiges Handeln und Klimapolitik. Der soziologische Blick zeigt jedoch, dass der bloße Verweis auf die Dringlichkeit wenig bewirkt (Beckert, 2024; Nassehi, 2024). Zum einen wird die Relevanz der Klimawandelleugner überschätzt, sie stellen nur eine Minderheit dar (Fairbrother, 2022). Statt an ihre Problemwahrnehmung zu appellieren, sind weitergehende Reformen wichtig, welche die Mitte der Gesellschaft adressieren. Zweitens gibt es aber keine „unsichtbare Hand“, die eine solche Transformation automatisch auslöst. Transformation vollzieht sich allein durch entsprechende Handlungsentscheidungen verschiedener Individuen – individueller Konsumenten ebenso wie politischer und wirtschaftlicher Akteure. Auch das Handeln korporativer Akteure (Unternehmen, Regierungen etc.) speist sich aus dem Handeln von Individuen. Erst die Kenntnis der individuellen, interdependenten Handlungslogiken und damit das Verständnis der zugrunde liegenden Präferenzen, Wahrnehmungen („Beliefs“) und Ressourcen gibt Aufschluss darüber, an welchen Stellschrauben gedreht werden muss. Sozialwissenschaftliches und insbesondere soziologisches Wissen ist hierfür zentral, spielt aber in interdisziplinären Forschungszusammenhängen wie den Berichten des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) bislang eine untergeordnete Rolle.

(2) Ein realistischeres Menschenbild verdeutlicht: Handeln basiert auf Anreizstrukturen, die emissionsintensives gegenüber klimafreundlichem Handeln dominieren lassen.

Wie bereits angedeutet, gibt es bereits eine hohe Problemwahrnehmung: In Deutschland und anderen Ländern ist die Mehrheit der Bürger über den Klimawandel besorgt. Umwelteinstellungen haben jedoch nur einen schwachen Einfluss auf das Handeln, und hier vor allem auf das symbolische (z.B. Recycling) statt auf das stark CO₂-lastige (wie z.B. Mobilitäts- und Heizverhalten; für einen aktuellen Forschungsüberblick hierzu und zur Umweltsoziologie allgemein: Auspurg et al., 2024; Diekmann, 2024). Für ein grundlegendes Verständnis der unzureichenden Anreize für mehr Klimaschutz sind die folgenden Mechanismen zentral.

a) *Dilemmastrukturen*. Klimaschutz ist ein kollektives Gut (De Graaf & Wiertz, 2019). Die Reduktion von CO₂-Emissionen ist mit individuellen Kosten verbunden (Zeit, Geld, Verzicht auf Annehmlichkeiten). Der Nutzen kommt jedoch allen Akteuren unabhängig von ihrem Beitrag zugute, so dass starke Anreize zum „Trittbrettfahren“ bestehen. Umfragedaten zeigen, dass sich Individuen dieser Dilemmastruktur bewusst sind (z.B. Bechtel & Scheve, 2013). Lokale

oder regionale Anpassungsmaßnahmen (Adaptation) werden aus dieser Logik heraus zudem der langfristig effektiveren Bekämpfung des globalen Klimawandels (Mitigation) vorgezogen (Bernauer, 2013). „Exposure“ gegenüber den negativen Folgen des Klimawandels (z.B. Hochwasser) scheint nur geringe und kurzfristige Effekte zu haben und die Präferenzen weiter in Richtung Adaption statt Mitigation zu verschieben. Die Dilemma-Problematik wird durch Asymmetrien verschärft: Die vom Klimawandel am stärksten Betroffenen sind diejenigen, die am wenigsten Emissionen verursachen und gleichzeitig über wenig (Einkommens-)Ressourcen für Umstellungen ihres Alltags verfügen (national wie international korrelieren CO₂-Emissionen positiv mit dem Einkommen).

b) *Gegenwartsorientierung und Unsicherheit*. Der Handlungsbedarf besteht jetzt, der Nutzen wird aber erst später eintreten, u.a. für zukünftige Generationen. Eine besonders starke Gegenwartsorientierung (auch „Diskontierung“ zukünftigen Gewinns genannt) besteht bei knappen Ressourcen: Teure Investitionen (z.B. Wärmepumpe) gehen dann mit besonders hohen Opportunitätskosten in Form des Verzichts auf die Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse einher (Bernauer, 2013; Diekmann, 2024). Dies dürfte insbesondere Haushalte mit geringen finanziellen Ressourcen von klimafreundlichen Investitionen abhalten, die sich erst mittel- bis langfristig durch Einsparungen von Energiekosten amortisieren. Investitionshemmend dürfte auch die Unsicherheit über staatliche (Förder-)Maßnahmen wirken: In Wahlkämpfen in Aussicht gestellte Revisionen früherer Politikmaßnahmen dürften die Bevölkerung verunsichern (hierzu ist allerdings noch mehr empirische Forschung wichtig).

c) *Routinen, verzerrte Wahrnehmung und Anreize zum Statuserhalt*. Soziologische Ansätze zeigen zudem: Alltagshandeln folgt Routinen (was mit der Vermeidung von Informations- und Umstellungskosten erklärbar ist) und ist schwer zu ändern. Transformationsbemühungen müssen dieser Trägheit Rechnung tragen, z.B. durch niedrigschwellige Information und leicht zugängliche Alternativen (etwa: ohne bürokratischen Aufwand; der Verzicht auf FCKW war z.B. relativ einfach zu erreichen, weil einfach zugängliche Alternativen zur Verfügung standen.) Allerdings sind auch hier komplexe Anreizstrukturen zu beachten: Statt kostenintensiver Veränderungen kann die selektive Informationsaufnahme und Vernetzung mit Gleichgesinnten eine sinnvolle Strategie zur eigenen Wohlfahrtsmaximierung sein. Daher ist u.a. mit verzerrten Einschätzungen hinsichtlich der Umweltverträglichkeit des eigenen Handelns zu rechnen („Confirmation Bias“). Emissionsintensive Konsumgüter (Autos, Immobilien) sind zudem als Statussymbol erstrebenswert. Versuche, umweltfreundliche Optionen als Alternativen zu bewerben, dürften in der Breite nicht funktionieren: Aus Signaling-Theorien ist bekannt, dass nur exklusive Güter als Statussymbol funktionieren (Diekmann & Przepjorka, 2010).

(3) Strukturelle Veränderungen sind unabdingbar, sie erfordern aber eine sorgfältigere Auslotung der akzeptanzförderlichen Faktoren.

Aus der bisherigen Argumentation sollte klargeworden sein: Weiche Anreize wie Informationskampagnen und Appelle reichen nicht aus. Es bedarf zusätzlich struktureller Veränderungen in den handlungswirksamen Rahmenbedingungen. Handlungsanreize müssen durch eine substanzielle Veränderung von Handlungsoptionen und -kosten langfristig verbindlich so verändert werden, dass klimaneutrales Handeln zur dominanten Handlungsalternative wird, d.h. zur Handlungsalternative mit dem höchsten Nettonutzen. Theoretisch ist dies durch Verbote, andere

Preise oder einen erleichterten Zugang zu Infrastruktur, wie z.B. kostengünstigen öffentlichen Verkehrsmitteln, denkbar. Insbesondere eine Erhöhung der CO₂-Preise erscheint zielführend (somit: Einpreisung der externen Kosten der CO₂-Emissionen). Ihre besonders hohe Effizienz ist inzwischen empirisch gut belegt (s. z.B. für eine Evaluation von 1.500 Maßnahmebündeln zur Emissionsminderung Stechemesser et al., 2024).

Warum sind höhere CO₂-Preise dann nicht längst umgesetzt? Die Umsetzungskrise liegt hier (neben einem Dilemma auf internationaler Ebene) darin, dass Preis- und Steuererhöhungen wenig Rückhalt in der Bevölkerung haben (Beckert, 2024; Bernauer, 2013). Politische Akteure können Transformationen nur mit entsprechender Unterstützung der Wähler umsetzen. Nicht zuletzt die Gelbwesten-Proteste in Frankreich und die Bauernproteste in Deutschland haben den öffentlichen Druck verdeutlicht. Ebenso sind andere wirksame Maßnahmen, wie z.B. stärkere gesetzliche Regulierungen, wenig populär (s. hierzu anekdotisch den Unmut über das „Heizungsverbot“). Aus Sicht soziologischer Handlungstheorien ist dies wiederum nicht überraschend: Maßnahmen mit drohenden individuellen Wohlfahrtseinbußen werden nicht gewählt. Internationale Surveyforschung und erste Pilotdaten aus der deutschen *German Longitudinal Environmental Study* „GLEN“ (Auspurg et al., 2024) zeigen allerdings, dass die Akzeptanz von Maßnahmen durch eine umsichtige Ausgestaltung der Politik gefördert werden kann. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf, z.B.: Wann ist Markt- vs. Ordnungspolitik zielführender; inwieweit können finanzielle Kompensationen, Entlastungen speziell unterer Einkommensgruppen oder auch andere Mittelverwendungen die Akzeptanz fördern. Es zeichnen sich jedoch bereits Faktoren ab, die eine erfolgreiche Transformation begünstigen können (für einen Forschungsüberblick: Bergquist et al., 2022; Fairbrother, 2022).

a) *Gewöhnungseffekte*. Die Akzeptanz ist höher, wenn die Individuen Zeit hatten, sich an neue Maßnahmen zu gewöhnen (verständlich aufgrund von Trägheit und Routinen, siehe Punkt 2). Maßnahmen wie Mautgebühren sollten daher schrittweise eingeführt werden.

b) *Kompensationen und sozial verträgliche Belastungen*. Höhere CO₂-Preise werden eher akzeptiert, wenn die Einnahmen daraus an die Haushalte zurückverteilt werden (wie es als „Klimageld“, „Klimadividende“, oder „pro-Kopf-Auszahlung von Einnahmen aus dem Emissionshandel“ diskutiert wird). Zudem steigt die Akzeptanz, wenn die Einnahmen insbesondere an ärmere Haushalte ausgezahlt werden.

c) *Vertrauen und zielgerichteter Mitteleinsatz*. Die Akzeptanz steigt mit dem Vertrauen in die politischen Institutionen (Fairbrother, 2022) sowie mit der Garantie, dass die Einnahmen nicht einfach im Staatshaushalt „versickern“, sondern zielgerichtet für den Klima- und Umweltschutz eingesetzt werden (oft als „Earmarking“ bezeichnet).

d) *Gerechtigkeit und Vermeidung starker Ungleichheiten*. Wichtig für die Akzeptanz ist auch die wahrgenommene Fairness von Maßnahmen (z.B. Berger & Liebe, 2025), wobei neben der Verteilungsgerechtigkeit in Form von Entlastungen finanziell schlechter gestellter Haushalte oder Kompensationen für Belastungen durch z.B. Windkraftanlagen auch die Verfahrensgerechtigkeit relevant ist, d.h. das Gefühl der Bürger, ausreichend in Entscheidungen einbezogen zu werden. Die Vermeidung starker Ungleichheiten und Ungerechtigkeitsempfindungen ist zudem wichtig, um Backlash-Effekte zu vermeiden. Ohne ausreichende Kompensationen geht Klimaschutz mit sozial ungleichen Belastungen einher. In Verbindung mit moralisch aufgeladenen Handlungsaufforderungen kann dies bei benachteiligten Gruppen Gefühle des sozialen

Abstiegs und einer sozialen Abwertung auslösen. Entbehrungen und Identitätsverluste aufgrund eines vermeintlich weniger von den „Eliten“ gebilligten Lebensstils können dann zur Wahl rechtspopulistischer Parteien motivieren (Beckert, 2024; Kisting et al., 2025; Nassehi, 2024). Eine zukunftsfähige Klimapolitik muss daher behutsam vorgehen, soziale Umverteilungen mitdenken und dafür auch finanzielle Mittel einsetzen können. Derzeit bedeuten beispielsweise Subventionen häufig eine Umverteilung „von unten nach oben“, etwa wenn Elektroautos, die sich vor allem Besserverdienende leisten können, aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Subventionen für energetische Sanierungen oder Mobilitätspauschalen speziell für ärmere Haushalte, die ansonsten bei steigenden Energiekosten zunehmend von Energiearmut und Mobilitätseinschränkungen betroffen sind, könnten zielführender sein.

(4) Bessere Daten, mehr analytische Forschung und evidenzbasierte Politik sind erforderlich.

Auch die *environmental social sciences* selbst müssen weiterentwickelt und stärker für eine evidenzbasierte Politik genutzt werden. Hierzu sind folgende Aspekte zentral.

a) *Mehr Daten.* Handlungsentscheidungen, Ungleichheiten, Gerechtigkeitsempfinden, Akzeptanz von Maßnahmen und die Zusammenhänge zwischen diesen Aspekten müssen noch besser erforscht werden. So stellt sich z.B. die Frage, inwieweit die Ergebnisse regionaler Studien verallgemeinerbar sind (bisher gibt es vor allem Forschung zu den USA). Das Fehlen von experimentellen Daten und Längsschnitten erschwert kausale Interpretationen (Auspurg et al., 2024). Hinzu kommt, dass viele Erkenntnisse auf selektiven Online-Access-Panels beruhen, in denen wesentliche Teile der Bevölkerung fehlen. Die GLEN-Studie setzt an dieser Lücke an und befragt ab Herbst 2024 regelmäßig eine Zufallsstichprobe der deutschen Wohnbevölkerung zu Umwelteinstellungen und -verhalten, sozialer Ungleichheit sowie Politikakzeptanz und Gerechtigkeitsempfinden (s. zu dieser DFG-finanzierten Panelbefragung: <https://glen-studie.de/>; Auspurg et al., 2024). Die in den kommenden Jahren über *Scientific Use Files* zugänglichen Daten werden im Idealfall interdisziplinär genutzt und liefern so wichtige Erkenntnisse. Zur Verbesserung des Datenpotenzials ist es jedoch wichtig, die Bereitstellung und das *Linkage* von prozessproduzierten Verbrauchs- und Infrastrukturdaten zu verbessern (z.B. Daten zum Energieverbrauch, Sanierungszustand). Viele Daten liegen bereits digitalisiert vor; datenschutzrechtliche Hürden und die Stagnation relevanter Reformen, z.B. durch das Forschungsdatengesetz, führen jedoch zu einem eklatanten Datenmangel, auch im internationalen Vergleich (s. dazu <https://www.destatis.de/DE/Ueber-uns/Kolloquien-Tagungen/Kolloquien/2024/programm>). Für eine kumulative, transparente und damit besonders verlässliche Forschung sollten zudem alle Daten und Forschungsmaterialien offen zugänglich sein, was von Zeitschriften und Drittmittelgebern verbindlicher eingefordert werden sollte (Auspurg & Brüderl, 2022).

b) *Mehr Forschung mit Individualdaten.* Sozialwissenschaftliche und insbesondere soziologische Publikationen konzentrieren sich häufig auf allgemeine Zeitdiagnosen, auf eine Pauschalkritik am „Kapitalismus“ oder an unserer „Wachstumsgesellschaft“. Dabei bleibt erstens unklar, welche unsichtbare Hand hier eine Transformation (Revolution) herbeiführen soll, und zweitens verkennen diese Diagnosen, dass die Klimatransformation vor allem eine andere Form der Energie (grün statt fossil), aber nicht unbedingt ein völlig anderes Wirtschaftssystem erfordert (Nassehi, 2024). Drittens erfordert eine erfolgreiche Transformation eine Entlastung der Individuen von zu hohen Kosten und damit gerade ein sehr gut funktionierendes

Wirtschaftssystem. Systemtheoretische Ansätze können keine konkreten Handlungsempfehlungen geben, da sie per se Individuen, deren Handlungslogiken und soziale Ungleichheiten stark ausblenden. Eine stärkere Einbeziehung analytisch-empirischer Forschung, welche die Mikroebene interdependenter Handlungen berücksichtigt, wäre wichtig.

c) *Rezeption der Forschungsergebnisse*. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die stärkere Rezeption von Wissenschaft durch die Politik: Wie kann evidenzbasierte Politik besser gefördert werden? Hier liegen Aufgaben im Schnittfeld von Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Soziologie.

(5) *Mehr Optimismus wagen*.

Auch diese Tagung und dieses Panel tragen einen alarmistischen Titel: „Umsetzungskrise“, „wir scheitern grandios“. Sicher, wir müssen in Zukunft schneller handeln, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen. Aber – auch das lehrt uns die soziologische Handlungstheorie – es lohnt sich nicht etwas zu tun, wenn das Risiko des Scheiterns zu groß ist. Für wirksame Transformationen ist es daher theoretisch wichtig, bereits erzielte Erfolge als solche anzuerkennen, zumal es sie gibt: So ist grüner Strom inzwischen preislich konkurrenzfähig zu fossilem Strom, was viele Experten ausgeschlossen hatten. In Deutschland wurden die geplanten Emissionsziele für 2024 erreicht (vgl. „Agora Energiewende“); kommuniziert wurden in den Medien aber vor allem Verfehlungen von Teilzielen. Die Medienwissenschaft und die Sozialwissenschaften insgesamt sollten dazu beitragen, diesen „Negativbias“ zu vermeiden.

Auch soziologische Monographien bleiben oft bei der pessimistischen Diagnose einer sehr schwierigen und daher unwahrscheinlichen Transformation stehen, Handlungsempfehlungen fehlen oder sind sehr vage (vgl. exemplarisch Beckert, 2024; Nassehi, 2024; Empfehlungen fordern dann z.B. nur "kleine Schritte"). Aus dem skizzierten handlungs- und spieltheoretischen Rahmen ergeben sich aber durchaus Chancen, akzeptierte und wirksame Maßnahmen zur Überwindung des Dilemmas zu entwickeln (s. dazu auch Diekmann, 2024).

Fazit. Die Soziologie und verwandte Disziplinen zeigen: Weiche Anreize wie Appelle oder Kampagnen allein sind wenig wirksam. Transformation, die allein darauf setzt, scheitert. Um die „Umsetzungskrise“ zu überwinden, muss ein realistisches Menschenbild stärker in die internationale Klimawissenschaft und -politik einfließen. Gerade die analytisch-empirische soziologische Forschung dürfte hierzu gut anschlussfähig sein.

Literatur

- Auspurg, K., Best, H., Bozoyan, C., Diekmann, A., & Schmiedeberg, C. (2024). *The German Longitudinal Environmental Study (GLEN). Proposal as a DFG longterm project*. https://glen-studie.de/wp-content/uploads/2024/12/Environmental-Panel_Antrag_Website.pdf
- Auspurg, K., & Brüderl, J. (2022). How to increase reproducibility and credibility of sociological research. In K. Gërxhani, N. D. de Graaf, & W. Raub (Eds.), *Handbook of Sociological Science* (pp. 512-527). Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781789909432.00037>
- Bechtel, M. M., & Scheve, K. F. (2013). Mass support for global climate agreements depends on institutional design. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 201306374. <https://doi.org/10.1073/pnas.1306374110>

- Beckert, J. (2024). *Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht | Neue Ansätze zu einer realistischen Klimapolitik*. Suhrkamp.
- Berger, J., & Liebe, U. (2025). Effective climate action must address both social inequality and inequality aversion. *npj Climate Action*, 4. <https://doi.org/10.1038/s44168-025-00208-7>
- Bergquist, M., Nilsson, A., Haring, N., & Jagers, S. C. (2022). Meta-analyses of fifteen determinants of public opinion about climate change taxes and laws. *Nature Climate Change*, 12(3), 235-240. <https://doi.org/10.1038/s41558-022-01297-6>
- Bernauer, T. (2013). Climate Change Politics. *Annual Review of Political Science*, 16, 421-448. <https://doi.org/https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-062011-154926>
- De Graaf, N., & Wiertz, D. (2019). *Societal Problems as Public Bads*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781351063463>
- Diekmann, A. (2024). *Klimakrise. Wege aus dem Dilemma*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748940944>
- Diekmann, A., & Przepjorka, W. (2010). Der Soziologische Gehalt der Signaling Theorie. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50, 247-252.
- Fairbrother, M. (2022). Public opinion about climate policies: A review and call for more studies of what people want. *PLOS Climate*, 1(5), e0000030. <https://doi.org/10.1371/journal.pclm.0000030>
- Gërxhani, K., de Graaf, N. D., & Raub, W. (2022). *Handbook of Sociological Science: Contributions to Rigorous Sociology*. Edward Elgar Publishing. <https://books.google.de/books?id=vsN0EAAAQBAJ>
- Kisting, D., Kögel, N., Koch, N., & Kalkuhl, M. (2025). Heated Debates on Heating: Investigating the Electoral Impact of Climate Policy. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.5091166>
- Nassehi, A. (2024). *Kritik der großen Geste: Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken*. C.H. Beck.
- Stechemesser, A., Koch, N., Mark, E., Dilger, E., Klösel, P., Menicacci, L., Nachtigall, D., Pretis, F., Ritter, N., Schwarz, M., Vossen, H., & Wenzel, A. (2024). Climate policies that achieved major emission reductions: Global evidence from two decades. *Science*, 385, 884-892. <https://doi.org/10.1126/science.adl6547>